



Petra Merkel, MdB

Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe: 08/2007

Aus dem Inhalt:

- Haushalt 2008 beraten -Chancen für Berlin
- ALG I verlängert
- Bafög Erhöhung
- Entscheidung über Bundeswehreinsätze – OEF, Dafur und Sudan
- Neues Unterhaltsrecht
- Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Afrika
- Schornsteinfeger im Bundestag

Aus dem Bundestag

Die letzte Woche wurde überschattet vom überraschenden Rücktritt von Franz Müntefering als Vizekanzler und Bundesminister. Während unserer letzten Fraktionssitzung am 13.11.2007 hat Franz Müntefering uns seine Beweggründe erklärt und keinen Raum für Legendenbildung gelassen. Mit seiner Entscheidung, seiner Frau in einer schwierigen gesundheitlichen Situation beiseite stehen zu wollen, hat Franz Müntefering für sich zu Recht die Priorität gesetzt. Das ist nicht nur von unserer Seite aus selbstverständlich zu akzeptieren, sondern zeigt auch seinen moralischen Anspruch. Seine Entscheidung ist absolut honorig! Aber wir hatten trotzdem alle das Gefühl, „eine Ära geht zu Ende.“ „Glückauf“ tritt als Minister ab – als Mensch hat er gewonnen. Franz Müntefering wünsche ich zusammen mit seiner Frau eine gute gemeinsame Zeit.

Frank-Walter Steinmeier als Vizekanzler und Olaf Scholz als Arbeits- und Sozialminister werden jetzt in neuen Rollen den Aufwind der SPD durch den Bundesparteitag auch für die Regierungsarbeit nutzen.

Franz Müntefering erläuterte während der Fraktionssitzung jedoch nicht nur die Gründe



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

seines Rücktritts sondern ging dann zur Tagesordnung über. So berichtete auch über die Koalitionsrunde und die Ergebnisse zum ALG I und den Rückzieher der Kanzlerin in Sachen Mindestlohn. Von seiner Seite habe er alle Voraussetzungen geschaffen, um für die Briefträger beim „Briefzustellungsgewerbe“ in den Mindestlohnbereich einzuschließen. Das Postmonopol ist ab 1.1.2008 aufgehoben – und alle Anstrengungen, die Briefzusteller mit einem Mindestlohn vor der direkten europäischen Konkurrenz zu schützen, sind gescheitert - wegen der Interessenslage von Bertelsmann und Springer mit der Pin-AG. Wir werden an dem Thema dranbleiben!!

NACHTRAGSHAUSHALT 2007 und HAUSHALTSBERATUNGEN 2008

Mit dem Abschluss der Beratungen zum Nachtragshaushalt 2007 und zum Bundeshaushalt 2008 letzte Woche zeigt die Koalition: Wir senken die Netto-Neuverschuldung weiter erheblich ab.

Im Nachtragshaushalt für dieses Jahr wird die Neuverschuldung um 5,2 Mrd. Euro auf 14,4 Mrd. Euro zurückgeführt. Die im Regierungsentwurf geplante Neuverschuldung 2008 von 12,9 Mrd. Euro auf 11,9 Mrd. Euro wurde weiter reduziert. Diese Konsolidierungsschritte sind in Bezug auf die prognostizierte Wirtschafts- und Konjunktorentwicklung realistisch. Mit dem konsequenten Abbau der Neuverschuldung sowohl 2007 als auch 2008 nähern wir uns mit großen Schritten einem ausgeglichenen Bundeshaushalt.

Wir erhöhen gleichzeitig die öffentlichen Investitionen erheblich: um 2,5 Mrd. Euro noch für das laufende Jahr und um 360 Mio. Euro für das kommende Jahr. Dabei hilft der Bund den Ländern und Kommunen, die Betreuung für Kinder unter drei Jahren auszubauen und stellt dafür kurzfristig aus einem Sondervermögen 2,15 Mrd. Euro bereit.

CHANCEN FÜR BERLIN

Für Berlin haben wir eine Menge erreichen können – allerdings wollten wir im Haushaltsausschuss auch ein deutliches Signal setzen – für Berlin und für eine möglichst baldige Einigung in den laufenden Verhandlungen zwischen Berlin und den Bund um die Fragen der Hauptstadtfinanzierung.

So ist für die Beteiligung des Bundes an der Sanierung der **Staatsoper** gesorgt: 198,5 Millionen Euro hat der Bund als **Zuschussmöglichkeiten für kulturelle Infrastruktursanierungsmaßnahmen** für die Berliner Staatsoper bereitgestellt.

Ebenfalls ist vorgesehen die dringend notwendigen Mittel, die Berlin aufgrund **hauptstadtbedingter Sicherheitsaufgaben** erhält, zu erhöhen. Statt bislang 38 Millionen Euro jährlich würde Berlin dann vom Bund 60 Millionen Euro erhalten.

Voraussetzung dafür, dass diese Mittel freigegeben werden, ist allerdings eine Einigung zwischen Bund und Berlin. Dass die Verhandlungen nun mit der Zukunft des Flughafen-



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

areals Tempelhof verknüpft werden, ist für mich als Berliner Bundestagsabgeordnete unverständlich. In der vergangenen Legislaturperiode habe ich im Haushaltsausschuss dafür gestritten, dass der Bund im Westteil von Berlin das Reichsvermögensgesetz endlich umsetzt (Rückgabe der Grundstücke und Immobilien aus dem Reichsvermögen wie in allen anderen Bundesländern und dem Ostteil der Stadt). Damals ist dieser Weg über den Bundestag gescheitert – und Berlin musste zur Wahrung der eigenen Interessen Klage gegen den Bund vor dem Verfassungsgericht einreichen. Die Entscheidung steht noch aus. Umso unverständlicher sind die Äußerungen von Thilo Sarrazin mit dem Schenkungsangebot des Flughafens Tempelhof an den Bund. Dieses Areal ist kein Ball, der zwischen dem Bund und Berlin hin und her gespielt werden darf: Die Entwicklung eines solch großen Grundstücks und der Immobilie inmitten der Stadt Berlin sind eine Herausforderung und eine große Chance.

Die Mittel für die Staatsoper sind Teil eines **Kulturinvestitionsprogramms**, das im Nachtragshaushalt 2007 beschlossen wurde. 400 Mio. Euro stehen nun zusätzlich für Kulturprojekte zur Verfügung. Voraussetzung dieses Programms ist eine angemessene Beteiligung der Länder, Kommunen oder Privater.

Die **Stiftung Preußische Schlösser und Garten Berlin-Brandenburg** erhält aus diesen Mitteln 77,5 Mio. Euro zur Durchführung eines Sanierungsplans. Zu diesem Programm gehört auch die Erhöhung um 40 Mio. Euro der Mittel für Einzelprojekte im **Denkmalschutz**. Auch hiervon kann Berlin profitieren.

Mit dem Kulturetat, für den ich zuständig bin, konnten mit dem Haushalt 2008 weitere Schwerpunkte gesetzt werden:

Die **Kulturstiftung des Bundes** erhält im nächsten Jahr eine Mio. Euro mehr; mit diesen Mitteln wird die Finanzierung des **Theatertreffens Berlin** sichergestellt.

Mit insgesamt 300.000 Euro wird ein neuer **Computerspielepreis** gefördert, der auf Initiative der Bundestagsfraktionen der SPD und der CDU/CSU ins Leben gerufen wird. Jetzt ist die Wirtschaft gefordert, sich auch mindestens in gleicher Höhe an der Finanzierung des Preises zu beteiligen. Wir wollen mit diesem Preis dafür sorgen, dass ein großer und wichtiger Markt positive Signale erhält. Der Blick soll damit auf pädagogisch und künstlerisch wertvolle Computerspiele gelenkt werden.

Mit 300.000 Euro werden die Planungskosten für ein **Einheits- und Freiheitsdenkmal** finanziert. Der Bundestag hatte im November entschieden, solch ein Denkmal zu errichten.

Erstmalig erhält das **Lepsius Haus** in Potsdam Fördermittel aus dem Etat des Beauftragten für Kultur und Medien. Für die nächsten vier Jahre werden die Arbeit und der Innenausbau des Hauses mit insgesamt 800.000 Euro unterstützt.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Abgesichert werden konnte ebenfalls die Finanzierung des 2000sten Jahrestages der **Varusschlacht** für das Jahr 2009. Insgesamt 1,5 Mio. Euro werden den Städten Haltern, Lippe, Kalkriese hierfür zur Verfügung gestellt. Ebenfalls erhält Minden 300.000 Euro für einen Jahrestag der „Schlacht bei Minden“.

Die finanzielle Unterstützung der **Stiftung für das Sorbische Volk** wird um 600.000 Euro auf insgesamt 7.6 Mio. € erhöht, allerdings verbunden mit der Auflage, dass ein längst überfälliges Finanzierungsabkommen zwischen Bund und den Ländern Brandenburg und Sachsen vorangebracht wird und wie vorgesehen, die Bundeszuschüsse zukünftig abgesenkt werden.

Die **Kulturhauptstadt Essen** kann 2010 mit mehr Mitteln rechnen: Vorgesehen sind nun 13 Mio. Euro mit denen der Bund dieses Ereignis unterstützen wird. Ursprünglich waren es zehn Millionen Euro.

Und noch ein neues Projekt kann auch für Berlin interessant sein:

Neu aufgelegt wurde im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie das Programm **Umsetzung kreativwirtschaftlicher Konzepte**. Mit insgesamt 5 Mio. Euro sollen kreativwirtschaftliche Maßnahmen in allen Bundesländern gefördert werden. Berlin engagiert sich seit langem für die Kreativwirtschaft in der Stadt und kann sich nun auch um Unterstützung des Bundes für interessante Projekte bewerben.

Der Bundestag wird in der Woche vom 26. November in 2./3. Lesung über den Haushalt 2008 debattieren und endgültig abstimmen.

ZAHLDAUER VON ALG I FÜR ÄLTERE VERLÄNGERT

Wir haben in harten Auseinandersetzungen mit der Union beim Arbeitslosengeld I ein gutes Ergebnis erzielt. Die Zahldauer von ALG I wird für Ältere verlängert. Nach der Einigung im Koalitionsausschuss hat der Bundestag am Freitag in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze beschlossen.

Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

Durch dieses Gesetz wird unter anderem der Arbeitslosenversicherungsbeitrag zum 1. Januar 2008 von 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt. Die Koalition setzt damit ihren Kurs der Senkung der Lohnnebenkosten konsequent fort. Denn so niedrig war der Beitrag seit 1981 nicht mehr. Wir haben damit innerhalb eines Jahres den Beitragssatz nahezu halbiert: Von 6,5 auf nun 3,3 Prozent. Wir machen das, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr netto in der Tasche haben und auch vom Aufschwung profitieren. Auch die Arbeitgeber werden deutlich entlastet.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zugleich wird in dem Gesetz geregelt, im Jahr 2008 den so genannten Aussteuerungsbetrag abzuschaffen. Dafür zahlt die Bundesanstalt für Arbeit in 2008 einen Eingliederungsbeitrag an den Bund. Die BA beteiligt sich zur Hälfte an den Aufwendungen des Bundeshaushaltes für Eingliederungsleistungen und an Verwaltungskosten. Der Eingliederungsbeitrag umfasst rund fünf Milliarden Euro. Mit dem vorgelegten Gesetz wird zudem ein Versorgungsfonds der BA gebildet. Dieser soll die Versorgung der rund 8.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie der derzeit rund 20.000 aktiven Beamtinnen und Beamten nachhaltig sichern. Der Grundstock in Höhe von 2,5 Milliarden Euro wird der Rücklage der BA entnommen.

Erfolg für die SPD: ALG I länger für Ältere ohne Belastung der Jüngeren

Mit der Gesetzesänderung wird auch die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I (ALG I) für Ältere verlängert. So sollen Arbeitnehmer ab 50 Jahre ab Januar 2008 15 Monate ALG I beziehen, wenn sie zuvor 30 Monate lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Über 55-jährige erhalten 18 Monate ALG I, wenn sie vorher drei Jahre lang Versicherungsbeiträge gezahlt haben. Ab 58 Jahren verlängert sich die Bezugszeit auf zwei Jahre. Die Rahmenfrist, die für die Anspruchsdauer maßgeblich ist, wird auf fünf Jahre verlängert. Damit haben wir unseren Hamburger Parteitagbeschluss nahezu 1:1 umgesetzt. Das ist ein großer Erfolg der SPD. Wir haben außerdem verhindert, dass diese Maßnahme – wie vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rüttgers und anderen aus der CDU gefordert – zu Lasten von Jüngeren oder Frauen geht.

Es geht uns darum, eine große gefühlte Ungerechtigkeit zu beseitigen, ohne die Agenda 2010 in Frage zu stellen.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die älter werdende Gesellschaft als eine Chance zu sehen. Wir wollen die Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft besser nutzen. Gesellschaft, Wirtschaft und Politik müssen ein neues Altersbild befördern und das Alter noch stärker als aktive Lebensphase begreifen. Die Potenziale älterer Menschen nicht einzubeziehen, kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten. Stärker als bisher muss also das Alter als produktive Lebensphase anerkannt werden. Die Erfahrungen und Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden gebraucht.

BAFÖG–ERHÖHUNG AB WINTERSEMESTER 2008/09

Ein weiterer sozialdemokratischer Erfolg in der letzten Woche war, dass wir gegen den Widerstand der Union nach einem Jahr intensiven Ringens die Erhöhung des BafögS erreicht haben. Damit fördern wir die Lebenschancen vieler junger Menschen und tragen erneut dazu bei, dass der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Am 16. November hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf eines



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zweiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes beschlossen.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

BAföG steht für Chancengleichheit

Für uns in der SPD-Bundestagsfraktion ist und bleibt das BAföG das zentrale politische Mittel, um eine echte Chancengleichheit in der Bildung zu sichern. Bildungschancen sind immer Lebenschancen, sei es zur individuellen und beruflichen Verwirklichung des Einzelnen oder auch als Grundlage für den sozialen Aufstieg. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es daher ein Skandal, dass nationale wie internationale Vergleichsstudien unserem Bildungssystem wiederholt bescheinigen, dass in kaum einem anderen Industrieland ein hoher Bildungserfolg so sehr von sozialer Herkunft, Status und Einkommen der Eltern abhängt, wie in Deutschland.

Die Gesetzesänderung sieht nun vor, dass zum Wintersemester 2008/09 die Bedarfssätze um 10 Prozent und die Freibeträge um 8 Prozent erhöht werden. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro. Dies ist etwa auch der Bedarf, wie er im 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung ausgewiesen ist. In Fortschreibung der positiven BAföG-Politik der rot-grünen Bundesregierung kann mit der jetzigen Novelle das BAföG ab 2008/09 wieder seiner zentralen Aufgabe besser gerecht werden, nämlich die Lebenshaltungskosten in der weiterführenden Ausbildung für junge Menschen aus sozial schwachen Familien zu decken. Da die Fördersätze in der beruflichen Aufstiegsfortbildung, dem so genannten Meister-BAföG, an das BAföG gekoppelt sind, werden diese ebenfalls entsprechend angehoben. Fast noch wichtiger als die Bedarfssätze, ist aber die erreichte Erhöhung der Freibeträge. Denn diese erhöht im Effekt die Einkommensgrenzen, bis zu denen ein BAföG-Anspruch besteht. Nach Inkrafttreten werden damit viele junge Menschen einen BAföG-Anspruch erhalten, die diesen heute nicht haben.

Weitere wichtige Verbesserungen

Unter anderem führt die Novelle erstmals einen Betreuungszuschlag für BAföG-Empfänger mit Kindern ein. Statt wie im Regierungsentwurf vorgesehen pauschal 113 Euro unabhängig von der Zahl der Kinder zu gewähren, werden betroffene Studierende für das erste Kind 113 Euro, für jedes weitere Kind je 85 Euro zusätzliches BAföG erhalten. Künftig kann außerdem das BAföG nicht erst ab dem dritten, sondern bereits ab dem ersten Semester auch für ein Studium in einem der 27 Mitgliedsstaaten der EU oder der Schweiz genutzt werden. Abgerundet wird dieses Auslands-BAföG durch eine Vereinfachung bei den Auslandszuschüssen und Verbesserungen bei der Förderung von Auslandspraktika. Ein ganz wichtiger Fortschritt ist zudem der vorgesehene Wegfall der Mindestberufsdauer der Eltern von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn sie die Zugangsvoraussetzungen erfüllen, wird sich deren BAföG-Anspruch in Zukunft wie bei den anderen Antragstellern auch, nur noch nach der Einkommenssituation der Eltern richten. Schließlich konnten wir verhindern, dass die im Regierungsentwurf zur Gegenfinanzierung noch vorgesehene Verschlechterung der Förderung des zweiten Bildungsweges – Stichwort elternunabhängige Förderung von Kollegschülerinnen und -schülern – umgesetzt wird.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

ÄNDERUNGEN IM ABGEORNETENGESETZ BESCHLOSSEN

Viel diskutiert und kritisiert wurde die Änderungen des Abgeordnetengesetzes, die der Deutsche Bundestag letzten Freitag mit dem Siebenundzwanzigsten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes in 2./3. Lesung beschlossen hat.

Der Steigerungssatz der Altersentschädigung, der bis 1995 noch 4 Prozent der Abgeordnetenentschädigung pro Jahr der Mitgliedschaft im Bundestag betrug, wird von jetzt 3 Prozent weiter auf 2,5 Prozent herabgesenkt. Der Höchstsatz der Altersentschädigung von nunmehr 67,5 Prozent (bisher 69 Prozent) der Abgeordnetenentschädigung wird erst nach 27 und nicht wie bisher bereits nach 23 Mandatsjahren erreicht. Ferner wird mit der stufenweisen Anhebung der Altersgrenzen für die Altersentschädigung von dem 65. Lebensjahr auf das 67. Lebensjahr wirkungsgleich die Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung umgesetzt.

Um dem in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreiteten Wunsch nachzukommen, dass die Abgeordneten nicht selbst nach unverständlichen Maßstäben über die Höhe der Entschädigung entscheiden sollen und gleichzeitig der Maßgabe des Bundesverfassungsgerichtes zu entsprechen, dass die Abgeordneten eben selbst über ihre Entschädigung entscheiden müssen, soll die Abgeordnetenentschädigung in zwei Schritten an die Vergütung der Bürgermeister kleiner Städte und von Gemeinden mit 50 bis 100 Tausend Einwohnern und der einfachen Bundesrichter angepasst werden. Um diese langfristige Orientierungsgröße zu erreichen, wird die Abgeordnetenentschädigung zum 1. Januar 2008 um 330 Euro auf 7339 Euro und zum 1. Januar 2009 um 329 Euro auf 7668 Euro angehoben.

Ich hätte mir gewünscht, dass der frühestmögliche Zeitpunkt für die Inanspruchnahme der Altersversorgung nach einer Anwartschaft von zehnjähriger Parlamentszugehörigkeit im Alter von bereits 57 Jahren entweder nur mit Abschlägen oder erst mit einem erheblich höheren Einstiegsalter möglich werden würde. Das war nicht durchzusetzen. Und weil ich mir nur ungern einen „schlanken Fuß“ mache in dem Bewusstsein, die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten würde schon die unliebsame Arbeit der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für mich mit machen, habe ich dem Verfahren der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung zugestimmt.

TELEKOMMUNIKATIONSÜBERWACHUNG NEU GEREGELT

Ein Thema, das auch im Vorfeld heftig diskutiert und mit enormen Widerständen begleitet wurde, war die Vorratsdatenspeicherung und die Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung. Der Bundestag hat am 9. November in 2./3. Lesung das Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG – auch mit meiner Stimme



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

entgegen der schlechten Recherche der Berliner Morgenpost - beschlossen.

Das Gesetz muss am 1. Januar 2008 in Kraft treten, da die geltenden Regelungen über die Abfrage von Telekommunikationsdaten durch Strafverfolgungsbehörden bis Ende diesen Jahres befristet sind.

Im Zentrum des Gesetzes steht der Ausbau grundrechtlicher Sicherungen: die Ausdehnung des Richtervorbehalts, eine Zuständigkeitskonzentration beim Ermittlungsrichter, die Benachrichtigung der Betroffenen, nachträglicher Rechtsschutz, Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung, Datenschutzregelungen sowie der Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Berufsgeheimnisträger auch außerhalb von Vernehmungssituationen. Weitere Schutzvorschriften zugunsten der Zeugnisverweigerungsberechtigten und speziell für Journalisten wurden im Ausschussverfahren ergänzt. Gerade diese Schutzvorschriften der Zeugnisverweigerungsberechtigten waren ja heftig umstritten.

Zusätzlich musste die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung umgesetzt werden. Die Telekommunikationsunternehmen – nicht wie häufig in der Diskussion vermutet, der Staat! - werden zur Speicherung genau aufgelisteter Verkehrsdaten für sechs Monate verpflichtet. Der Zugriff auf diese Verkehrsdaten – die keine Hinweise auf den Gesprächsinhalt enthalten dürfen - ist nur bei Straftaten von „im Einzelfall erheblicher Bedeutung“ möglich. Auch hier gelten der Richtervorbehalt, die Befristung der Maßnahme sowie der besondere Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung.

FORTSETZUNG VON OEF BESCHLOSSEN

Eine schwierige Entscheidung stand auch wieder an: Am Donnerstag hat der Bundestag nach einer abschließenden Beratung den Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen“ mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und FDP beschlossen.

Ich habe dagegen gestimmt – zwar gibt es einiges, was für den Einsatz spricht, so hat mich auch der aktuelle Bericht von Ulla Koch-Laugwitz aus Kabul lange bewegt und beschäftigt. Sie finden ihn am Ende dieses Newsletters Allerdings habe ich mich nach langer Überlegung anders entschieden.

Nach dem Antrag der Bundesregierung sollen künftig bis zu 1.400 statt wie bisher 1.800 deutsche Soldaten im Rahmen von OEF eingesetzt werden, darunter auch bis zu 100 Soldaten der Spezialtruppe KSK. Derzeit beteiligt sich die Bundeswehr mit rund 300 Soldaten am US-geführten internationalen Anti-Terror-Kampf, wobei der Großteil mit 248 Mann auf die Marinemission am Horn von Afrika entfällt. Weitere 53 Mann sind zur



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sicherung der Seewege im Mittelmeer eingesetzt.

EINSÄTZE IM SUDAN UND IN DAFUR BESCHLOSSEN

Auch die Entscheidung über weitere Einsätze der Bundeswehr wurden letzte Woche getroffen. Der Bundestag hat auch mit meiner Stimme die Anträge der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) auf Grundlage ...“ sowie „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur - UNAMID - auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007“ beschlossen.

Die derzeit eingesetzten deutschen Soldaten leisten im Rahmen der Friedensmission der VN im Sudan einen wichtigen und international angesehenen Beitrag zur dauerhaften Überwindung eines Konflikts, der zu den längsten und blutigsten Auseinandersetzungen Afrikas zählt. Das militärische Engagement der Bundeswehr ist auch ein wichtiger Bestandteil der Gesamtanstrengungen der Bundesregierung zur Friedenskonsolidierung im Südsudan. Die Mandatshöchstgrenze beträgt 50 Militärbeobachter. Auch angesichts der Vorbereitung der für 2009 vorgesehenen Wahlen bleibt UNMIS als stabilisierendes Element unverzichtbar.

Kernauftrag von UNAMID ist es, für zunächst zwölf Monate die wirksame Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens vom 5. Mai 2006 sowie das Ergebnis der Friedensverhandlungen zu unterstützen. Nach Kapitel VII der VN-Charta ist UNAMID autorisiert, zum Eigenschutz, zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der humanitären Helfer, zur Verhinderung von Störungen und bewaffneten Angriffen sowie – unbeschadet der Verantwortung der sudanesischen Regierung – zum Schutze von Zivilisten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dies schließt die Anwendung von Gewalt ein. Für die an UNAMID beteiligten Kräfte der Bundeswehr ergeben sich folgende Aufgaben: Lufttransport in das Einsatzgebiet und Rückverlegung bei Aufstockung, Verstärkung und Durchführung von UNAMID, Wahrnehmung von Führungs-, Verbindungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben, Hilfe bei technischer Ausrüstung und Ausbildung truppenstellender Nationen.

NEUES UNTERHALTSRECHT

Die Reform des Unterhaltsrechts ist ein wichtiger Schritt zu einer modernen Familienpolitik. Kinder sind bei einer Trennung ihrer Eltern besonders schutzbedürftig, deshalb stellen wir ihr Wohl an die erste Stelle. Ist nicht genügend Geld für alle Unterhaltsberechtigten vorhanden, sollen die Kinder Vorrang vor allen anderen haben, d.h. sie erhalten den ersten Rang unter den Unterhaltsgläubigern. Im zweiten Rang stehen künftig alle Väter



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

und Mütter, die Kinder betreuen – und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht. Darüber hinaus werden wir die naheheliche Eigenverantwortung stärken. Angesichts der hohen Scheidungsquote – insbesondere von kurzen Ehen – müssen Geschiedene eine zweite Chance haben, eine Familie zu gründen und damit auch zu finanzieren. Schließlich zeigen die vielen „Patchwork-Familien“, dass sich die Lebenswirklichkeit geändert hat.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA

Der Deutsche Bundestag hat letzte Woche den Antrag von CDU/CSU und SPD „Für eine intensive wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent auf Augenhöhe“ beschlossen.

Ziel des Bundestagsbeschlusses ist eine weitere Intensivierung der Partnerschaft mit Afrika, besonders in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Dach- und Regionalorganisationen.

Die Rahmenbedingungen für Afrika unterliegen globalen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklungen. Die Afrika-Politik Deutschlands, der Europäischen Union und der G-8-Staaten muss deshalb stetig evaluiert, angepasst und weiterentwickelt werden. Der Deutsche Bundestag bekennt sich mit diesem Beschluss zu seiner besonderen deutschen Verantwortung gegenüber dem Nachbarkontinent Afrika.

Der Beschluss unterstützt die Politik der Bundesregierung einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe, die der wachsenden außen- sowie sicherheitspolitischen Bedeutung Afrikas entsprechend Rechnung trägt. Dies soll insbesondere durch den Ausbau und die Vertiefung der politischen Beziehungen zur Afrikanischen Union, die Förderung einer gemeinsamen EU-Afrika-Strategie und die Unterstützung des vielfältigen Engagements der Vereinten Nationen geschehen. Im Rahmen der EU- und G8-Präsidentschaft stand und steht die deutsche Politik in besonderer Verantwortung, die Politik der Partnerschaft mit Afrika zu intensivieren. In enger Abstimmung mit den afrikanischen Partnern soll der „Aktionsplan Afrika“ der EU umgesetzt werden. Die Umsetzung der Zusagen der G-8-Staaten im Bereich der Entschuldung und Entwicklungszusammenarbeit soll überprüft werden.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

150 SCHORNSTEINFEGER IM BUNDESTAG

Gerne habe ich eine Anfrage von Schornsteinfegern der Landesinnung Berlin aufgegriffen und unterstützt, um den Lehrlingen und Gesellen eine Möglichkeit zu geben, mit Politikerinnen und Politikern aus dem Bundestag über die geplante Novelle des Schornsteinfegergesetzes zu diskutieren.

Am Mittwoch, den 14.11.2007 kamen 150 Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger ins Jakob-Kaiser-Haus und brachten neben „viel Glück“ – fast ebenso viele Fragen mit. Für die Lehrlinge standen der Ausbildungsfond sowie Änderungen bei dem Aufgabenbereich ihres Berufs im Vordergrund. Meine Kollegin Andrea Wicklein, die erst seit einer Woche den Bereich „Mittelstandspolitik“ in der SPD-Bundestagsfraktion übernommen hatte, erhielt so eine sehr anregende Einführung in dieses neue Aufgabengebiet. Bei der Diskussion zusammen mit der Kollegin Zimmermann von der Linken und den Mitarbeitern von CDU/CSU und FDP gab es sehr unterschiedliche Einschätzungen und Meinungen. Gemeinsam mit Andrea Wicklein werde ich an dem Thema dran bleiben. Dem Besuch wird außerdem auch ein Gegenbesuch folgen: Ich werde mich vor Ort über die Arbeit der Schornsteinfeger informieren, indem ich einen Schornsteinfeger bei seiner Arbeit begleiten werde!

Dies und das

Folgendes erreichte mich per Mail – es ist zwar schon ein paar Tage alt, aber ich finde, diese Beispiele können nicht genug – auch in meinem Newsletter - verbreitet werden:

„DRESDEN. Es gibt sie anscheinend noch, die Zivilcourage.

Die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen bekam Mitte Oktober einen Brief mit folgendem Wortlaut:

"NPD Fraktion im Sächsischen Landtag
Herren H. Apfel und A. Delle
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Dresden, 18. Oktober 2007
Ihre Zimmerreservierung im Holiday Inn Dresden



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sehr geehrter Herr Apfel,

sehr geehrter Herr Delle,

wir erhielten heute Ihre über www.hotel.de getätigte Reservierung für den 7. November 2007 und sind einigermaßen erstaunt, dass Sie ausgerechnet ein amerikanisches Hotelunternehmen mit ausländisch klingendem Namen bevorzugen.

Da Sie in unserem Hause nicht willkommen sind und ich es auch meinen Mitarbeitern nicht zumuten kann, Sie zu begrüßen und zu bedienen, haben wir hotel.de gebeten, die Buchung zu stornieren.

Sollte dies aus vertraglichen Gründen nicht möglich sein, darf ich Sie darauf hinweisen, dass ich sämtliche in unserem Hause durch Sie getätigten Umsätze unmittelbar als Spende an die Dresdner Synagoge weiterleiten werde. Betrachten Sie dies als kleinen Beitrag zur Wiedergutmachung für die Schäden, die Ihre damaligen Gesinnungsgenossen der Synagoge und vor allem ihren früheren Besuchern zugefügt haben.

Eine Kopie dieses Schreibens leiten wir an die Dresdner Presse weiter.

In der Hoffnung, daß Sie eine zu Ihnen passende Unterkunft finden und uns Ihr Besuch erspart bleibt verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

MACRANDER HOTELS GmbH & Co. KG
Johannes H. Lohmeyer

Geschäftsführer"

DAS ROTE TUCH

Gerne weise ich an dieser Stelle auf die 25. Verleihung des „ROTEN TUCH“ hin und würde mich freuen, Sie zu sehen:

Siegrun Klemmer lädt ein zur diesjährigen Preisverleihung des Roten Tuchs:

Das rote Tuch

Zur 25. Verleihung des Jugendmedienpreises
DAS ROTE TUCH laden wir Sie herzlich ein.

Sonntag, den 25. November 2007 um 11 Uhr

Preisträger Klaus Kordon - für sein Lebenswerk

Laudatio Uwe Karsten Heye,
Vorsitzender von "Gesicht Zeigen!" Aktion weltoffenes Deutschland e. V.
Villa Oppenheim – Galerie für Gegenwartskunst
Schloßstraße 55, 14059 Berlin-Charlottenburg



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Termine

unicef Grußkarten Ausstellung

Vorweihnachtlich wird am Sonnabend: In Zusammenarbeit mit unicef Berlin, präsentiere ich wieder die diesjährigen Weihnachtsgrußkarten des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen in der Goethe80. Nach dem Erfolg im letzten Dezember war klar, dass auch in diesem Jahr wieder unicef-Grußkarten verkauft werden. Sie sind herzlich eingeladen zusammen mit Dr. Beatrice Rottka-Bensel, Leiterin der unicef-Arbeitsgruppe Berlin, die neuen

unicef-Weihnachtsgrußkarten

am Samstag, den 24. November 2007,
von 11.00 bis 13.00 Uhr
im Wahlkreisbüro und SPD-Bürgerbüro,
Goethestraße 80, 10623 Berlin,

kennen zu lernen, aber auch zu kaufen. Natürlich können die Grußkarten ab dem 24. November auch während der Öffnungszeiten in der Goethe80 gekauft werden. Nach dem Verkaufserfolg vom vergangenen Jahr wird in diesem Jahr ein noch größeres Kartenkontingent zur Verfügung stehen Selbstverständlich werden Spendenbescheinigungen über den Kauf der Karten (über 75% des Kaufpreises) ausgestellt!

ADVENTSTREFFEN IN DER GOETHE 80

Statt eines Neujahrstreffens in der Goethe80 lade ich noch in diesem Jahr ganz herzlich ein zum

Adventstreffen

am Montag, den 17. Dezember 2007,
von 16.00 bis 18.00 Uhr,
im Wahlkreisbüro und SPD-Bürgerbüro,
Goethestraße 80, 10623 Berlin.

Schauen Sie vorbei – ich freu mich auf Ihren Besuch!